

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 40 (2021)
Heft: 77

Buchbesprechung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ob Kaffee, Baumwolle oder Erdöl – unzählige Rohstoffe, Primärgüter und Waren passieren die Welträume. Zwischentransfers spielen dabei eine zentrale Rolle. Und die Schweiz steht mittendrin – im internationalen Rohstoffhandel. Rund ein Viertel der Geschäfte laufen über das kleine Land, das ein grosser Handels- und Finanzplatz geworden ist. Aber wie?

Lea Haller befasste sich in schon ihrer Dissertation «Cortison. Geschichte eines Hormons» (2012) unter anderem damit, wie einst westliche Pharmaunternehmen im Globalen Süden nach natürlichen Rohstoffen für eine Cortison-Teilsynthese suchten. Die Erklärung von Bern (EvB), heute Public Eye, kritisierte gerade den gigantischen Rohstoffhandel. Das interessierte die Historikerin. Sie fragt in ihrer nun vorliegenden Folgestudie, wie natürlich der Handel mit «natürlichen Ressourcen» ist, wie die Schweiz zur Drehscheibe avancierte und wie Politik und Wirtschaft miteinander verknüpft sind.

Lea Haller unternimmt zehn Schritte. Sie erörtert erstens: «Wohin die Reise führt» (S.7). Im Vordergrund steht der Aufstieg des Welt Handels. Dazu gehört der Zwischenhandel. Unternehmen erzielten durch den Kauf beziehungsweise Verkauf von Gütern oder Waren hohe Profite. Der wenig beachtete Transithandel vollzieht sich ausserhalb des eigenen nationalen Terrains. In der Schweiz übertraf er bereits im 19. Jahrhundert den eigenen Import und Export um ein Vielfaches.

Die gängige Arbeitsteilung stellte «natürliche Rohstoffe» in südlichen Kontinenten imperialistisch «unter Schutz». Sie diente zunächst als Rohstoffreservoir der eigenen Industrialisierung und weitete Absatzgebiete für verarbeitete Produkte und Kapitalüberschüsse aus. Die Schweiz wirkte als «koloniale Macht

ohne Kolonien» mit. Sie verzeichnete schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts den höchsten Kapitalexport pro Kopf der Bevölkerung und hielt auch beim Export industrieller Güter in den Globalen Süden ihren Spitzenplatz. 2017 wickelte die Schweiz bei fünfzehn Rohstoffen über 42 Prozent des globalen Umsatzes ab, bei dem Geld- und Warenströme separat verlaufen. Lea Haller bezeichnet den Transithandel als «höchste Steigerungsform einer globalisierten kapitalistischen Wirtschaft» (S.18). Minimale personelle Aufwendungen am Hauptsitz ermöglichen maximale Profite für Dienstleistungen, die lange unsichtbar blieben.

Lea Haller geht zweitens auf «Kaufleute und Investoren» (S.41) ein. Ein Strang reicht zu Schweizer Söldnern zurück. Die Offiziere stammten vornehmlich aus erlauchten Familien. In fremden Diensten knüpften sie Beziehungen für eigene Geschäfte und Karrieren. Im kolonialen Dreiecksgeschäft profitierten flexible Schweizer Kaufleute und Unternehmen davon, keine nationalen Interessen vertreten zu müssen. Sie organisierten aber den Tausch von Waffen und Schnaps gegen afrikanische Sklavinnen und Sklaven mit. Nach Südamerika verschifft, mussten diese Rohstoffe für Europa abbauen.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts beförderte das aufstrebende Transport-, Banken- und Versicherungswesen den Handel und industriellen Wandel. Niederlassungen in Übersee trugen dazu bei. Das veranschaulicht das Beispiel der Missions-Handlungs-Gesellschaft (ab 1928 Basler Handelsgesellschaft). Wie sich christliche Missionen an kolonialen Projekten beteiligten, präzisiert Lea Haller drittens in «Auswanderung ohne Kolonien» (S.71). Einheimische, die zum Christentum «bekehrt» wurden und ihre

Religion aufgaben, verloren so ihre gesellschaftliche Zugehörigkeit.

Die Kolonialmächte behinderten industrielle Ansätze in Übersee. Nach den US-Sezessionskriegen (1861–65) löste das Verbot der Sklaverei eine globale Rohstoffkrise aus. Protektionistische Massnahmen häuften sich – im Widerstreit mit dem Freihandel. Höheren Zöllen standen kostengünstigere Kommunikations- und Transportformen gegenüber. So Lea Haller im vierten Schritt, «Techniken der Globalisierung» (S.108). Hinzu kamen rechtliche Verbindlichkeiten für ein rationales Wirtschaften. Sie begrenzten auch spekulative Geschäfte. «Die grosse Illusion» (S.146) bestand laut dem fünften Schritt in der Annahme, forcierte Konkurrenz und autoritäre Aufrüstung könnten eigene Vorteile auch längerfristig steigern.

Lea Haller geht sechstens auf «Profite in einer instabilen Welt» (S.183) ein. Die Schweiz praktizierte im 20. Jahrhundert ihre «Neutralität als Geschäftsmodell» (S.206). Das brachte sie, trotz geschätzter politischer Stabilität, in Verfall. Zur Drehscheibe für ausländisches Kapital stieg die Schweiz bereits im Ersten Weltkrieg auf. Die Dollarparität der Währung und niedrige Steuern halfen dabei. 1934 folgte das gesetzlich verankerte Bankgeheimnis.

Die Landesausstellung von 1939 sollte den nationalen und wirtschaftlichen Zusammenhalt stärken. Der siebte Schritt, «Die Transithändler organisieren sich» (S.225), erhellt den Beitrag der Branche zur Wertschöpfung. Der Zweite Weltkrieg bescherte ihr dann nebst Ungemach neue Profite (S.252). Zunächst unterstützte die Schweiz eine Blockade gegen Deutschland; danach verständigte sie sich mit dem nördlichen Nachbarn über Waren, Waffen, Kredite und den Durchgangsverkehr. Der Transithandel realisierte, was ihm staatliche Regelungen ermöglichten. Er tendierte nun dazu, Firmenkapital und Geschäft zu trennen, operative Tätigkeiten ins Ausland zu verlagern, den

Steuersitz und die Kapitalmehrheit aber in der Schweiz zu halten. (S.273)

Den «Umbau der Weltmärkte» (S.277) beschreibt Lea Haller im achten Schritt. Im April 1945 übernahm die Schweiz von Deutschland weiteres Raubgold. Nach dem Krieg grollten ihr die Alliierten. Der Transithandel profitierte indes von seiner Lobby und der boomenden Nachfrage nach Rohstoffen und Waren. Globale Märkte öffneten sich. 1947 entstand das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT). Rohstoffabkommen fehlten. (S.293) Die Schweiz hielt sich multilateral zurück. Dass sie trotz defizitärer Handelsbilanz ihre Zahlungsbilanz ausgleichen konnte, verdankte sie den «übrigen Dienstleistungen» (S.298), zu denen der Transithandel gehörte. Zudem verlagerten nun etliche globale Unternehmen ihren Sitz in die Steueroase Schweiz. 1998 schuf die Unternehmenssteuerreform I weitere Privilegien für ausländische Holdings.

«Eine Branche wächst inkognito» (S.345) titelt Lea Haller ihren neunten Schritt. Bei den Dienstleistungen übersteigen die Exporte die Importe. Auf den Tourismus und die Banken fokussiert, vernachlässigt diese Sichtweise den Transithandel. Die Tradition «statistischer Blindheit» (S.349) hält bis ins 21. Jahrhundert an. Die Schweizerische Nationalbank weist die Profite aus dem Transithandel erst seit 2014 explizit beim Warenverkehr aus.

«Inventur und Bilanz» (S.375) heisst der zehnte Schritt. Fazit: Die nationale Politik stützt den Transithandel, ohne das sich konzentrierende Kapital zu kontrollieren. Kartelle, die notorisch korruptionsanfällig sind und Menschenrechte verletzen, nutzen Standortvorteile aus. Sie optimieren Profite auf Kosten anderer. Das ist aber kein zukunftsweisendes Wirtschaftsmodell. Im Hochkapitalismus auf Global Governance zu vertrauen, ist illusionär. Es braucht demokratische Staaten(-gemeinschaften), die verbindliche Regeln festlegen.

Lea Haller legt im «Epilog» (S.399) ihre um-

fassend recherchierten Quellen transparent dar. Ihr deskriptiver und verstehender Zugang vermittelt einen detaillierten Einblick in wichtige Sphären des Transithandels. Die NZZ-Redaktorin entwickelte ihre differenzierte Sicht während mehreren Jahren an wissenschaftlichen Kolloquien diverser Hochschulen. Spannende theoretische Bezüge, beispielsweise zum Zentrum-Peripherie-Modell (S. 27), das einseitige Abhängigkeiten vermindern will, hätten sich weiter fundieren lassen. Lea Haller plä-

diert dafür, bipolare Ansätze zu überwinden und Dynamiken institutioneller, politischer und sozialer Unterschiede präzise zu beschreiben. Dazu gehöre, nebst dem Einbezug äusserer Kontexte, das eingehende Verstehen innerer Beziehungsgefüge. So etwa zwischen staatlichen Entscheidungsträgern und Interessenverbänden. «Gunvor in Ecuador» titelt Public Eye im Magazin Nr. 30 (Juni 2021). Der Genfer Rohstoffhändler und Milliardenkonzern steht erneut im Mittelpunkt eines Bestechungsfalls.

Ueli Mäder

Thomas Biebricher: **Die politische Theorie des Neoliberalismus**

Suhrkamp Verlag, Berlin 2021 (345 S.)

Neoliberalismus ist ein nicht nur in linken Kreisen gerne verwendeter Kampfbegriff. Selbst ein so treuer Freund des Kapitals wie Klaus Schwab, Gründer des World Economic Forum, meinte kürzlich, in Zeiten der Corona-Pandemie habe der Neoliberalismus nun endlich «ausgedient» (*Die Zeit*, 21. September 2020). Angesichts einer aussergewöhnlichen Lage und der gewaltigen Aufgaben, welche die Staaten schultern müssen, um die Krise irgendwie zu meistern, keimt kaum zufällig die Hoffnung auf, das letzte Stündlein des Neoliberalismus habe nun endlich geschlagen.

Was jenseits der gängigen Parolen unter Neoliberalismus zu verstehen ist und ob der Abgesang auf ihn nicht doch etwas verfrüht sein könnte: Wer sich mit solchen Gedanken beschäftigt und mögliche Antworten sucht, findet im neuen Buch des Politikwissenschaftlers Thomas Biebricher reichlich Anregungen. Dabei wird deutlich, dass das Feld neoliberaler Denker (der Autor behandelt ausschliesslich Männer) nicht so einheitlich ist, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. So lässt sich keine verbindende Doktrin ausmachen, sondern ein-

zig ein kleiner gemeinsamer Nenner, den Biebricher die «neoliberale Problematik» nennt – nämlich die Frage nach den «Bedingungen der Möglichkeit von funktionierenden Märkten» (S. 8). Ausgangspunkt dieses Denkens war die Krise des *Laissez-faire*-Liberalismus und der damit verbundenen Vorstellung von «selbstregulierenden Märkten» in den 1930er-Jahren. Die frühen Neoliberalen sahen sich gezwungen, die gescheiterten Konzepte ihrer Vorgänger einer grundlegenden Kritik zu unterziehen.

Dabei wollten sie allerdings nicht so weit gehen wie ein John Maynard Keynes mit seinem Plädoyer für eine aktive staatliche Wirtschaftspolitik, die dann im New Deal Gestalt annahm. Die Neoliberalen befürchteten, solche Experimente könnten im «Kollektivismus» enden, den sie gleichermassen im Kommunismus wie im Faschismus wahrzunehmen glaubten. Sie hingegen sahen es als ihre Aufgabe an, das Individuum zu verteidigen. Diesem sei am besten gedient, wenn der Staat sich darauf beschränke, die Spielregeln durchzusetzen, die es den Einzelnen ermöglichen würden, auf dem Markt als Gleichberechtigte zu agieren.

Eine zentrale These von Thomas Biebricher lautet, der Neoliberalismus müsse «als ein Diskurs der *politischen Ökonomie* begriffen werden, der ausdrücklich die nicht-ökonomischen Bedingungen der Möglichkeit funktionierender Märkte» thematisiere (S. 45). Neoliberalismus ist eben mehr als blosser Marktradikalismus, und wer ihn als solchen kritisiert, zielt an seinem Kern vorbei. Für den Autor erweist sich dessen politische Dimension als entscheidender Ansatzpunkt für eine Auseinandersetzung: Es müsse nachgewiesen werden, «dass die im neoliberalen Denken erörterten politischen Vorbedingungen und Implikationen schlicht einen zu hohen Preis darstellen – selbst wenn seine strikt ökonomischen Vorstellungen analytisch plausibel und normativ akzeptabel wären» (S. 46). Seine Argumentation exemplifiziert der Autor anhand der Krisenpolitik der Europäischen Union in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten. Diese lasse sich als ein Versuchsfeld für die «Entwicklung neuartiger neoliberaler politischer Formen» erkunden (S. 233).

Bevor die Untersuchung so weit kommt, muss erst einmal die «politische Theorie des Neoliberalismus» unter die Lupe genommen werden. Das geschieht im ersten Teil des Buches. Dort geht es zunächst um die Rolle des Staates. Dieser soll, wie erwähnt, die Spielregeln durchsetzen, damit die Märkte «funktionieren» können. Dabei handelt es sich in neoliberalen Augen um die Rolle eines Schiedsrichters, der ausgesprochen aktiv in das Spielgeschehen einzugreifen hat. Einer der untersuchten Theoretiker, Alexander Rüstow, nannte dies den «liberalen Interventionismus» (S. 65). Dieser Staat darf aber auf der anderen Seite nicht zu stark werden, und deshalb denken die Neoliberalen über eine «Dezentrierung des Nationalstaates» nach, wie Biebricher dies nennt (S. 90). Ein solcher Prozess kann nach «oben», in Richtung einer supranationalen Föderation, oder nach «unten», in Richtung Dezentralisierung, gehen.

Zu schwach darf der Staat allerdings auch nicht sein, denn sonst würde er von diversen Interessengruppen zerrieben und könnte seiner Schutzfunktion für die Märkte nicht mehr nachkommen. So liegt eine Vorliebe der Neoliberalen für autoritäre Verhältnisse nahe. Am prägnantesten ist dies in einem Interview der chilenischen Zeitschrift *El Mercurio* mit dem Ökonomen Friedrich August von Hayek im Jahr 1981, während der Zeit der Militärdiktatur von Augusto Pinochet, zum Ausdruck gekommen: Persönlich ziehe er «einen liberalen Diktator einer demokratischen Regierung [vor], der es an Liberalität mangelt» (S. 112).

Das zeigt, dass die Beziehung des Neoliberalismus zur Demokratie zumindest als ambivalent bezeichnet werden muss. Hayek erklärte bei anderer Gelegenheit, er sei «kein Demokrat», wenn «Demokratie Regierung durch den uneingeschränkten Willen der Mehrheit heissen soll» (zitiert auf S. 124). Darin stecke auch eine kritische Auseinandersetzung mit der modernen Massengesellschaft, die «durchaus eine entfremdungskritische Komponente» aufweise, meint Biebricher (S. 69). So erinnert die neoliberale Diagnose an Kritikpunkte aus dem linken Spektrum, aber bei den Therapievor schlägen unterscheiden sich die beiden Seiten dann doch ganz wesentlich.

Die Umsetzung ihrer Entwürfe «entpuppt sich als massive Herausforderung für die Neoliberalen» (S. 207). Letztlich fehlen ihnen eine politische Theorie wie eine Strategie, und deshalb greifen sie ersatzweise zu Vorstellungen von beispielsweise einer «Übergangsdiktatur», die Hayek im Interview durch die bereits erwähnte Zeitung *El Mercurio* skizzierte. Es sei die «Sehnsucht nach dem grossen Bruch», die das neoliberale Projekt letztlich präge, schlussfolgert Thomas Biebricher (S. 227).

Das bedeutet nun allerdings nicht, dass neoliberale Projekte sich nur im Reich der Ideen entwickeln könnten. Im eindrücklichen zweiten Teil seiner Untersuchung zeigt Biebricher

cher auf, wie dieses Projekt in der europäischen Krisenpolitik nach 2008 wirksam geworden ist. Der Autor nennt dies die «Ordoliberalisierung Europas» (S. 291f.). Damit spielt er auf einen Zweig der neoliberalen Denkschule an, die vor allem von Walter Eucken repräsentiert wurde. Dessen sogenannte Freiburger Schule entwickelte nach dem Zweiten Weltkrieg Vorstellungen für eine Wirtschaftsverfassung, die in etwa dem ökonomischen Regelsystem entspricht, das EU und Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) für sich gewählt haben. Konkret geht es um die Sicherung der «Wettbewerbsfähigkeit» um jeden Preis – gegebenenfalls auch um jenen der Senkung von öffentlichen Kosten im Bildungs- und Gesundheitsbereich, bekannt als Politik der Austerität, sowie der Senkung von Löhnen und Renten, wie dies beispielsweise in Griechenland geschah.

Die neoliberalen Rezepte verschreiben «eine Medizin, die viele teils sehr ernste Nebenwirkungen hat und auch nur unter ganz bestimmten Bedingungen eine Linderung des Leidens verspricht» (S. 311). Dies zeigt sich nun

besonders in Zeiten der Pandemie: Aufgezwungene Einsparungen im Gesundheitswesen haben ganz offenkundig negative Auswirkungen auf die Lebensqualität, gar auf die Überlebenschancen der darauf Angewiesenen.

Zeichnet sich angesichts der Corona-Krise eine Abkehr von einem stark neoliberal geprägten Politikmodell der EU und der darin involvierten Regierungen ab? Biebricher warnt vor übertriebenen Hoffnungen auf einen Kurswechsel. Der wird auf jeden Fall nicht automatisch kommen. Die Gegenkräfte müssen sich formieren und dabei wird die Auseinandersetzung um das Demokratiedefizit der EU eine zentrale Rolle spielen.

Wie soll sich die Schweizer Linke dazu verhalten? Für EU-Euphorie besteht kaum noch Anlass – und trotzdem gibt es keinen Grund für helvetischen Überlegenheitsdünkel. Es geht um eine «weltverträgliche Politik» (Matthias Hui in *Neue Wege*, 4.21) jenseits von Nationalegoismus und Neoliberalismus. Für entsprechende Debatten liefert das Buch von Thomas Biebricher spannenden Stoff!

Kurt Seifert

Katharina Pistor: **Der Code des Kapitals.** Wie das Recht Reichtum und Ungleichheit schafft

Suhrkamp Verlag, Berlin 2020 (220 S.)

Pistor erzählt die Geschichte der Codifizierung von Eigentum im Interesse von Vermögens- und Kapitalbesitzenden. Sie beginnt bei der Einhegung von Landbesitz im spätmittelalterlichen Grossbritannien und dessen Nutzung als Quelle von Kapital, schildert die Schaffung von neuen Rechtstiteln für Optionen und Derivate bis hin zu digitalisierten Formen von Eigentum und beschreibt die Ausgestaltung von privatrechtlichen Rechtsverhältnissen zur Si-

cherung von Geld und Macht. Sie verweist darauf, wie privates Recht an staatliches Recht gebunden ist. Die Beziehung zwischen privatem und staatlichem Recht ist in ihrer Darstellung nicht nur ein konkurrierendes Verhältnis, vielmehr braucht Privatrecht die Verknüpfung mit staatlicher Macht zur Durchsetzung der codifizierten Rechtstitel. Die zunehmende Auslagerung der Regulierung von Streitigkeiten an Schiedsgerichte umgeht aber gleichzeitig

staatliches Recht und ist so in der Lage, neue Rechtskonstrukte zu schaffen, die sich der staatlichen Überprüfung und Kontrolle entziehen.

Die Autorin verdeutlicht die Eignung des englischen und amerikanischen Common Law und die damit verbundene Richterrechtsetzung als geeignetes Mittel, um nahezu alle Bereiche menschlichen Lebens der Kapitalverwertung zuzuführen. Ihr Ansatz, wonach letztlich nicht nur jeder Gegenstand, sondern auch jede Idee, ja sogar die Hoffnung auf eine zukünftige Idee zu Kapital «codifiziert» werden kann, ist eine frappierende Antwort auf das bereits von Karl Marx beschriebene Problem der Kapitalverwertung und der daraus entstehenden Krisen. Hinzu kommt, dass die zu Kapital «codifizierten Güter» über das System der Derivate eine zusätzliche Dimension der Kapitalverwertung über die Finanzmärkte darstellen.

Die Autorin schildert detailliert die Auseinandersetzung zwischen Staaten, supranationalen Lobbyorganisationen und Investor*innen um die Nutzungsrechte von Natur und Wissen sowie die Abwälzung von Standards im Konkursrecht.

Inspiziert durch die Krise an den Finanzmärkten 2008 und die weitere Verschärfung von Ungleichgewichten durch die staatliche Rettung «systemrelevanter» Finanzakteure, entwickelt Pistor einen gedanklichen Ansatz, der auf die, zunächst ziemlich steil wirkende, These hinausläuft, dass der moderne Kapitalismus massgeblich durch Heerscharen findiger Jurist*innen generiert wurde.

Ausgehend von der Beobachtung, dass Kapital nicht nur als Eigentum an Grund und Boden in der mittelalterlichen Feudalgesellschaft und auch nicht nur über die Aneignung und Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft entsteht, kommt die Autorin zu dem Schluss, dass nahezu alles in dieser Welt letztlich als Gut betrachtet werden kann, welches mit Hilfe findiger Jurist*innen zu Kapital codifiziert werden kann. Beim Lesen kann sich der Gedanke auf-

drängen, ob nicht am Ende sogar die Luft zum Atmen zum Gegenstand von codifizierter Kapitalverwertung werden könnte.

Ein wesentlicher Ansatz der Autorin ist die Erkenntnis, dass die Kapitalbesitzer*innen mit Hilfe von Rechtskundigen ein ausgeklügeltes System von Rechtsformen erschaffen haben, das sie sowohl vor Gläubiger*innen als auch und vor allem vor jeder Form staatlichen Zugriffs schützt und insbesondere der Steuervermeidung dient.

Pistor zeigt aber auch Wege auf, wie die Gewichtung zwischen privaten Interessen grosser Kapitalbesitzer*innen und dem Interesse der Allgemeinheit neu zugunsten des öffentlichen Interesses verschoben werden könnte. Sie verweist dabei auf die kontinentaleuropäische Rechtstradition, die eine gute Basis für die Neuaushandlung von Rahmenbedingungen im Privat- und Vertragsrecht darstellen könnte, um Natur und Wissen für das Gemeinwohl nutzbar zu halten. Die Auseinandersetzungen um private Vorrechte, beispielsweise über das Patentrecht, zuletzt in Zeiten von Corona, sind im vollen Gange. Patente, die in erheblichem Mass auf öffentlicher Finanzierung basieren, sollten öffentlich verwendbar sein. Dem stehen in den letzten Jahrzehnten im Kapitalinteresse geschaffene mächtige Organisationen entgegen, die gegenüber Staaten starke Druckmittel aufbauen konnten.

Bemerkenswert ist Pistors Erkenntnis, dass letztlich Nationalstaaten selbst den Verlust ihrer Souveränität willfährig ermöglichten, weil sie sich wirtschaftliche Entwicklung versprechen liessen, die in der Finanzkrise ihr jähes Ende fand. Der Kapitalismus hat sich staatlichem Zugriff durch gleichzeitig delokalisierte und internationalisierte Organisationsformen entzogen und hat so ein weltweites Feudalsystem erschaffen. Das Ziel dabei ist, mit äusserster Flexibilität zu agieren und gleichzeitig den Zusammenhalt demokratisch verfasster Gesellschaften zu bedrohen.

Pistor verbindet kenntnisreich grundlegen-

de Überlegungen der Makroökonomie mit rechtswissenschaftlicher Expertise. Ihre Qualifikation, sowohl im Bereich der deutschen Rechtswissenschaften als auch die Kenntnis angloamerikanischer Rechtstraditionen und Rechtspraxis verbindet sich mit wirtschaftstheoretischem Wissen. Die Professur an einer New Yorker Hochschule für Recht verschafft ihr Zugang zu den Arbeitstechniken der Anwälte*innen des Codes. Mit ihrem Buch betritt Pistor Neuland und reflektiert makroökonomische Problemstellungen, die möglicherweise mit juristischen Strategien gelöst werden könnten.

In der gut lesbaren Schreibtradition angloamerikanischer Fachliteratur ist Pistor's *Der Code des Kapitals* kenntnisreich und spannend geschrieben. Es ist ein Weckruf, sich nicht mit dem verlorenen Terrain öffentlicher Rechtsetzung abzufinden, sondern sich zusammenzuschliessen, um den langen Weg durch die Instanzen für ein lohnendes Ziel der freien Zugänglichkeit von Wissen und Natur für die Allgemeinheit anzutreten. Pistor verlangt nicht weniger, als dem Kapital das Recht zur Codierung weitestgehend zu entziehen. Zu den Aufgaben von Staat und Gesellschaft gehöre es, zu definieren, welchen Gütern ein eigentumsrechtlicher Status zuerkannt werden darf. Sie

weist zurecht darauf hin, dass die Verleihung des Prädikats Recht einen Autoritätsschirm über primitive Erwerbsinteressen bildet, der diese in den scheinbaren Zustand der Unangreifbarkeit transformiert. Allerdings seien sich die Inhaber*innen des Kapitals sehr wohl darüber im Klaren, dass ihr Geschäftsmodell als System kollabieren könne. Der Feudalisierungsprozess in der Gesellschaft zeige sich gerade darin am deutlichsten, dass im Falle des Zusammenbruchs des Finanzsystems das Eingreifen der Staatsmacht und die Abwälzung der entstandenen Verluste auf die Allgemeinheit als garantiert und selbstverständlich vorausgesetzt werde. Letztendlich glaubt Pistor an die Möglichkeit der Staaten, über das Recht die Kontrolle über das Kapital zurückzugewinnen, benennt aber auch die berechtigten Zweifel, ob dies gelingen kann. Sie weist darauf hin, dass ein solcher Prozess von der Staatsmacht an den Finanzplätzen London und New York zumindest unterstützt werden müsste, bezeichnet eine solche Entwicklung aber angesichts der politischen Gegebenheiten als unwahrscheinlich. Was bleibt, ist ihre Hoffnung auf den Zusammenschluss demokratisch verfasster Gesellschaften zur Wiedergewinnung ihrer Rechtssouveränität.

Christine Rudolf / Ulrich Maurer

Eske Bockelmann: **Das Geld.** Was es ist, das uns beherrscht
Matthes & Seitz, Berlin 2020 (368 S.)

Eske Bockelmanns Buch *Das Geld. Was es ist, das uns beherrscht* musste geschrieben werden, «denn wie ungeheuerlich es auch klingen mag: Noch heute weiss niemand zu sagen, was Geld ist» (S.12). Das Ziel ist somit abgesteckt: darzulegen, was Geld ist. Den Weg dahin wählt Bockelmann in drei Schritten: Zeigen, wie die

Welt ohne Geld aussah, den Übergang zu einer Geldgesellschaft beschreiben und schliesslich darlegen, was Geld ist und wie es uns beherrscht.

Denn Geld sei keineswegs, wie dies behauptet werde, so alt wie das menschliche Denken (S. 22f.). Obwohl es schon früher Tausch, Zahlun-

gen, Münzen und Märkte gab, habe Geld vor dem Ende des europäischen Mittelalters nicht existiert. Eine Welt ohne Geld könnten wir uns heute gar nicht mehr vorstellen, weil «wir Geld unbewusst und unwillkürlich *in der Form eines ganzen gesellschaftlichen Zusammenhangs voraussetzen, wie er uns heute bestimmt*» (S.28). Durch dieses Denkmuster wurde der Gabentausch archaischer Gesellschaften zum prototypischen Warentausch, Zahlungen zu einem Kauf und Münzen auch gleich zu der Gelegenheit, sich alles dafür kaufen zu können (S.20f. u. 26).

Doch im Gabentausch ging es weder um die getauschten Dinge noch darum, einen Gewinn zu erzielen. Eine Gabe wurde gegeben, weil eine Verpflichtung bestand; der empfangenden Person oder der Gemeinschaft gegenüber. Diese gegenseitigen Verpflichtungen halten die Gemeinschaft zusammen, und ihnen nachzukommen, bestätigt und reproduziert sie. Noch heute würden wir anderen Personen Geschenke überreichen. Nicht wegen des erwarteten Gewinns, sondern aufgrund der Beziehung, in welcher wir zu der Person stehen, oder der, die wir aufbauen möchten (S.31f.).

Der Begriff «Zahlung» ist abgeleitet von zählen und lösen. Das althochdeutsche Verb «zalôn» stammt von «Zahl» ab und ist mit «zählen» verwandt. Und in frühen lateinischen Übersetzungen ist «zahlen» mit «solvere», also mit Lösen übersetzt worden. Mit einer Zahlung wurde also nichts gekauft, sondern eine gesellschaftliche Verpflichtung eingelöst. Dieses Verständnis entspreche dem heutigen Verständnis von Steuern oder Strafen zahlen. Auch diese seien kein Kauf, sondern eine Verpflichtung (S.67f.).

Genau in diesem Zusammenhang seien die Münzen entstanden und zu verstehen, denn diese seien ein genormtes Zahlungsmittel: «Münzen sind Zahlungsmittel nach einem *Normalmass*.» (S.91) In einem gewachsenen Gemeinwesen sei in Gesetzen das Verhältnis von

Vergehen zum geschuldeten Ausgleich festgelegt worden.

Nur weil es Münzen gibt, heisse dies jedoch noch lange nicht, dass alles Gewünschte gekauft werden kann. Dazu genügen auch Märkte nicht, denn Märkte brauche es, wenn nicht alle Menschen genügend in das Gemeinwesen eingebunden seien. So hätten die Dahome Kaurimuscheln an Angehörige besiegtter Völker verteilt (S.104). Die Muscheln erlaubten auf eigens organisierten Märkten den Kauf von Lebensmitteln. Doch nur von bestimmten Lebensmitteln, ausschliesslich auf diesen Märkten (S.102f.).

Genau dies habe sich beim Übergang in eine Geldgesellschaft geändert. Durch eine starke Bevölkerungszunahme im europäischen Mittelalter konnten nicht mehr alle Menschen durch das feudale Gemeinwesen aufgefangen werden. In den neu gegründeten Städten wurden die zuvor ergänzenden Märkte zur Versorgungsgrundlage (S.163). Die Menschen *mussten* sich neu über den Markt versorgen; von Kauf und Verkauf leben. Dieser Umschlag des gesellschaftlichen Zusammenhangs – von gemeinschaftlicher Versorgung zu Kauf und Verkauf – bewirkte und bedeutete die Entstehung von Geld (S.175).

Von dort an habe die Eigendynamik des Geldes übernommen. Sogar das Gemeinwesen selbst habe sich geändert: erstmals war von Staaten im modernen Sinn die Rede (S.195). Diese brauche es auch, damit das Geld etwas sein könne. Ansonsten sei es blosser Tauschwert; für sich ein «nichts» (S.199 u. 319).

Geld, das nichts als Tauschwert sei, wolle immerfort getauscht werden (S.199 u. 258). Denn es könne nur Geld bleiben, wenn es sich als Geld bewiese (S.259 u. 330). Und dies erfordere die Verwandlung der Welt in Waren, stetiges Wirtschaftswachstum und die damit einhergehende Umweltzerstörung (S.261f. u. 270). Aus diesem Grund sei Geld kein neutrales Werkzeug, und Geldreformen wie Vollgeld nicht zielführend (S.205 u. 350).

Bockelmann beschreibt geldlose Gesellschaften überzeugend. Die ethnografischen Beispiele werden gewinnbringend mit philologischen Erkenntnissen verbunden, was zu einem lebhaften Bild geldloser Gesellschaften führt. Besonders überzeugend ist, dass Bockelmann in den ersten zwei Teilen auf die verschiedenen Transaktionsformen Bezug nimmt und diese sauber unterscheidet. Dass mit dem Umschwung des gesellschaftlichen Umgangs und der grundlegenden Transaktionsform auch das Ende des Feudalismus und der Beginn einer Geldgesellschaft eingeläutet wurde, rundet die Erzählung mit einem starken Argument ab. Auch dieses Argument ist ethnografisch gestützt: Heinzpeter Znoj beschreibt in *Tausch und Geld in Zentralsumatra* (1995), dass das Aufkommen von Geld mit zunehmender Marktintegration und staatlichem Einfluss einhergeht.

In anderen Fällen bleibt leider oft nicht nachvollziehbar, woher dieser Schatz an Wissen stammt. Verweise auf Quellen sind durchgehend spärlich. Und auch in diesen gibt es prominente Abwesende wie Richard Seaford und Karl-Heinz Brodbeck. Seaford ist ebenfalls Altphilologe, welcher sich mit denselben Themen und Zeiträumen wie Bockelmann befasst, zum Beispiel in *Money and the Early Greek Mind*. Brodbeck hat ein Buch mit dem praktisch gleichen Titel – *Die Herrschaft des Geldes* – geschrieben, in welchem er beispielsweise Bockelmanns Kritik am Substanzbegriff von Marx teilt.

Der damit angesprochene dritte Teil wirkt wie ein anderes Buch. Die Geldtheorie erinnert stark an Marx, ohne marxistisch sein zu wollen. Die begriffliche Genauigkeit der ethnografischen und philologischen Betrachtungen, eine der Stärken des Buches, ist hier verschwunden. So wird Geld zu Wert zu Preis zu Kapital (S. 210,

254, 267). Und Waren scheinen jegliche Dinge zu sein, für die Geld verlangt werden kann. Dadurch wird auch die Frage nach dem Mehrwert zu einer Frage der Geldvermehrung verkürzt. Da wird der steigende Bodenpreis wertschöpfend und unterschiedliche Preise für dieselbe Ware zu Waren mit unterschiedlichen Werten (S. 255 u. 286).

Nach den gesellschaftlichen Zusammenhängen der ersten beiden Teile steht im dritten Teil plötzlich das Geld im Vordergrund. Von dem Geld gehe der Wert aus, das Geld fordere das Wachstum und das Geld führe zur Konkurrenz (S. 210, 270, 307).

Es wäre zu wünschen gewesen, dass Bockelmann argumentativ bei den gesellschaftlichen Zusammenhängen geblieben wäre. Was die beschriebenen Dynamiken entwickelt, ist die Festlegung auf Kauf und Verkauf. Davon leben zu müssen, statt nur ergänzend einzukaufen, ist ein anderes gesellschaftliches Verhältnis. So weit so gut. Dieses entsteht aber nicht durch das Geld, sondern wird hergestellt durch die «ursprüngliche Akkumulation», welche nicht, wie Bockelmann beschreibt, eine zeitlich vorangehende Anhäufung von Kapital ist. «Die sog. ursprüngliche Akkumulation ist [...] nichts als der historische Scheidungsprozess von Produzent und Produktionsmittel.» (MEW 23, 742) Dadurch werden die Menschen von Kauf und Verkauf abhängig gemacht, was auch die Frage klärt, wieso dauernd gekauft und verkauft wird, oder Geld immerfort getauscht wird: nicht weil es *will*, sondern weil Mensch *muss*.

Doch auch nach einem argumentativen Abweg im dritten Teil, bleibt *Das Geld: Was es ist, das uns beherrscht* unbedingt lesenswert. Die Verschränkung ethnografischer und philologischer Erkenntnisse wirft ein neues Licht auf die Welt vor dem Geld und macht eine solche, zumindest gedanklich, greifbar.

Gerry Metzger

Tim Jackson: **Post Growth.** Life after Capitalism

Polity Books, John Wiley & Sons Inc., Cambridge 2021 (238 S.)

Zwölf Jahre nach seinem aufsehenerregenden Bestseller *Wohlstand ohne Wachstum* legt Tim Jackson ein weiteres Buch vor, das der Vision einer Post-Growth-Gesellschaft gewidmet ist (zurzeit in Englisch). Eindringlich weist er darauf hin, dass das Dogma des Wirtschaftswachstums unsere Lebensgrundlagen ruiniert – und sich der Kapitalismus dadurch über kurz oder lang selber zerstören wird. Wer jedoch konkrete Rezepte und Konzepte für das «Leben nach dem Kapitalismus» erwartet, wird bei der Lektüre enttäuscht. Stattdessen nimmt der britische Wissenschaftler und Professor für nachhaltige Entwicklung an der Universität Surrey den Leser, die Leserin mit auf eine sehr persönliche Reise, auf der man zahlreichen Inspirationsquellen und Vorbildern des Autors begegnet. Dazu gehören so unterschiedliche Persönlichkeiten wie die amerikanische Poetin Emily Dickinson (1830–1886), die britische Weltumseglerin Ellen MacArthur (*1976) oder die Nobelpreisträgerin Wangari Mutai Maathai (1940–2011). Der Autor verknüpft deren Biografien mit Zitaten aus philosophischen und ökonomischen Standardwerken sowie Informationen über historische Ereignisse und Monumente und ergänzt das Ganze mit eigenen Erfahrungen, Recherchen und Fragestellungen. Jackson verpackt sein fundiertes, vielschichtiges Wissen in süffige Anekdoten und verblüfft immer wieder mit unerwarteten Gegenüberstellungen, Analogien, Rückschlüssen und Interpretationen. Die Botschaft jedoch ist immer die Gleiche: Es gibt eine bessere Welt jenseits von Kapitalismus und Wirtschaftswachstum.

Diese zu schaffen, erfordert aber tiefgreifende Veränderungen. Jackson weist wiederholt darauf hin, dass es nicht reiche, die massiven Schäden, welche die Macht der Akkumulation

Umwelt und Gesellschaft zugefügt hat, zu beklagen: «So, wie wir die Dynamik entlarven müssen, durch die menschliche Arbeit unter dem Joch des Kapitalismus degradiert und verzerrt wird, müssen wir auch tiefer in die Maschinerie des Kapitalismus selbst eindringen, bevor wir zu einem Wertewandel gelangen können, auf dem eine andere Art von Wirtschaft aufgebaut werden könnte.» (S. 131)

Das erste Kapitel des Buchs ist dem Mythos Wachstum gewidmet. Jackson stellt darin eine Rede von Robert F. Kennedy aus dem Jahr 1968 ins Zentrum, in welcher der damalige US-amerikanische Präsidentschaftskandidat das Bruttoinlandprodukt (*gross domestic product* GDP) kritisiert, das bis heute als Massstab für den Zustand einer Volkswirtschaft dient – und das nach gängiger Lehre immer wachsen muss. Wichtige Aspekte, so Kennedy, würden in dieser Statistik jedoch nicht berücksichtigt – so etwa die sozialen Unterschiede in der Gesellschaft, die Gesundheit und Bildung der Kinder, die Schönheit der Poesie oder die Integrität von Beamten. Das GDP messe «weder unseren Verstand noch unseren Mut, weder unsere Weisheit noch unsere Gelehrsamkeit, weder unsere Leidenschaft noch unsere Hingabe zu unserem Land» (S. 7).

Eine erstaunliche Rede für einen US-Präsidentschaftskandidaten in einer Zeit, als das Wirtschaftswachstum in den USA jährlich stolze fünf Prozent erreichte, konstatiert Jackson. Um gleich im nächsten Abschnitt darauf hinzuweisen, dass sich John Stuart Mill – einer der einflussreichsten liberalen Denker des 19. Jahrhunderts – bereits 1848 kritisch gegenüber ungebremstem Wettbewerb und Wachstumsbestrebungen geäußert habe. Kennedys politische Ausrichtung und Visionen für eine besse-

re Welt seien zudem stark beeinflusst gewesen durch die Arbeiten der beiden ebenfalls liberalen Ökonomen John Kenneth Galbraith und Arthur Schlesinger, die in den 1950er-Jahren vor den Auswirkungen masslosen Konsums gewarnt hatten, sowie durch Rachel Carsons 1962 erschienene Publikation «Der stumme Frühling» – ein Basiswerk der Umweltbewegung (S. 8f.).

Wie sich die USA unter einem Präsidenten Robert F. Kennedy entwickelt hätten, werden wir nie wissen. Nur wenige Wochen, nachdem er in Kansas die oben zitierte Rede gehalten hatte, wurde er ermordet. Seine Visionen hingegen, so Jackson, leben weiter und gehören zu den vielen Mosaiksteinen, die uns auf der Suche nach neuen Wegen und Werten für eine Post-Growth-Zukunft inspirieren können.

Eine weitere Persönlichkeit, der Jackson ein Kapitel widmet, ist Wangari Mutai Maathai, die Ende der 1970er-Jahre in Kenya die Green-Belt-Bewegung gründete. Er schildert, wie ihr Engagement für die Umwelt, das Pflanzen von Bäumen und die Verbesserung der Situation der Frauen in den Dörfern die ehemalige Biologieprofessorin die Ehe sowie den Job kostete und sie sogar ins Gefängnis brachte. Doch Maathai hielt an ihrer Vision fest, die Green-Belt-Bewegung breitete sich über Kenia hinaus auch in anderen Ländern Afrikas aus, Millionen von Bäumen wurden gepflanzt. Nach rund zwanzig Jahren unermüdlichen Kampfes für ihre Sache, so Jackson, drehte der Wind langsam. 2002 wurde Wangari Maathai ins kenianische Parlament gewählt, 2004 erhielt sie den Friedensnobelpreis für ihre Leistungen in Bezug auf nachhaltige Entwicklung, Demokratie und Frieden. Für Jackson ist das beharrliche Engagement Maathais auf ökologischer wie sozialer Ebene ein Beispiel dafür, «wie Investitionen in eine Post-Wachstumswelt aussehen könnten und sollten» (S. 144).

Ganz anders der Lebenslauf der Engländerin Ellen MacArthur. Als professionelle Seglerin

habe sie immer wieder ihre eigenen Grenzen ausgelotet, schreibt Jackson. Ein heftiger Sturm in der Südsee, den sie nur knapp überlebte, war der Auslöser dafür, dass sie nach Beendigung ihrer Seglerinnenkarriere eine Stiftung zur Förderung einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft gründete: «Die Macht und Schönheit der Südsee haben sie zur Erkenntnis gebracht, dass der Planet, den wir unser Zuhause nennen, nicht unerschöpflich ist. Ihre aussergewöhnliche Fähigkeit, ihre eigenen Grenzen zu überschreiten, haben ihr ermöglicht, die Begrenztheit der Natur besser zu verstehen.» (S. 45)

Das Spannungsfeld zwischen Begrenztheit und Grenzenlosigkeit zieht sich wie ein roter Faden durch das ganze Buch. Dies dürfte auch dem Umstand geschuldet sein, dass es unter dem Eindruck des Covid-19-Lockdowns geschrieben wurde.

Das menschliche Bestreben, die eigenen Grenzen zu überschreiten, sei kostbar und ein wichtiger Teil der menschlichen Evolution, betont Jackson: «Unser rastloser Ehrgeiz, weiter zu gehen, mehr zu sehen, höher zu fliegen, Unmögliches zu erreichen, neue Pläne für unsere Familie zu schmieden, an der Schaffung einer besseren Welt mitzuwirken: all das verdient Applaus.» (S. 44) Anhand der Geschichte der mittelalterlichen Brücke von Potter Heigham in der englischen Grafschaft Norfolk veranschaulicht der Autor, wie das Überwinden von Grenzen immer auch neue Grenzen erzeugt. Der Bau der Brücke brachte für Handwerker und Händler im 14. Jahrhundert grosse Erleichterungen, weil sie eine direkte Verbindung zum Hafen schuf und sie so Zeit sparen konnten. Heute ist die Brücke ein Tourismus-Hotspot und steht unter Schutz. Dies, obschon der schmale, schwer passierbare Durchgang die Schifffahrt massiv behindert – was die Menschen zur Suche nach neuen, kreativen Lösungen animiert und dem Ort zu Berühmtheit verholfen hat (S. 34f.).

Während der menschlichen Fantasie und Kreativität kaum Grenzen gesetzt seien, müssten wir uns bei unserem Tun und Handeln an die Limiten, die uns die Natur vorgibt, halten, führt der Autor weiter aus: «Boden stützt unser Gewicht beim Gehen. Die Luft, die wir atmen, die Nahrung, die wir essen, erhalten uns am Leben. Wir vertrauen darauf, dass Samen spriesen, wenn wir sie pflanzen. Wir wissen, dass Dinge hinunterfallen, wenn wir sie loslassen. Dass sie kaputt gehen, wenn sie zu hart landen. Wenn sie uns treffen, tut es weh. Wenn wir sie verbrennen, werden sie verzehrt. Wenn sie uns verbrennen, werden wir leiden.» (S. 43)

Die Grenzen, die uns durch das neuartige Corona-Virus aufgezwungen wurden, wertet Jackson hingegen durchaus positiv. So wie die US-amerikanische Dichterin Emily Dickinson in der scheinbaren Abgeschiedenheit ihres

Zimmers, in das sie sich zeitlebens zurückgezogen habe, höchste Kreativität entfaltete, hätten die Grenzen, die uns durch die Pandemie aufgezwungen wurden, auch unsere Fantasie befreit. Dies ermögliche uns, so Jackson, eine bessere Zukunft zu erträumen, an eine gesündere Welt zu glauben: «Saubere Luft. Weniger Verkehr. Blauerer Himmel. Weniger Kondensstreifen. Mehr Zeit füreinander. Weniger Erfolgsdruck. Mehr Freundlichkeit gegenüber Fremden ... Was ist falsch an der Hoffnung, dass sich etwas davon durchsetzen könnte?» (S. 173)

Gar nichts ist daran falsch, denkt die geneigte Leserin, der geneigte Leser. Aber die Frage, wie die Menschheit schaffen und bewahren könnte, was unter dem Druck der Pandemie an Werten entstanden ist, bleibt nach dem Lesen dieses Buches offen wie zuvor.

Gabriela Neuhaus

Gabriele Winker: **Solidarische Care-Ökonomie.** Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima

Transcript 2021 (216 S.)

Wie lassen sich zwei grundlegende gesellschaftliche Krisen unserer Zeit – die Care-Krise und die Klima-Krise – zusammen denken und gemeinsam politisch bearbeiten? Mit dieser grossen politischen Frage beschäftigt sich Gabriele Winker in ihrem neuen Buch *Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima*. Wie schon in ihrer vielbeachteten Publikation *Care-Revolution* aus dem Jahr 2015 geht es der emeritierten Professorin für Arbeitswissenschaft und Gender Studies (TU Hamburg) und Mitbegründerin des Netzwerks Care Revolution auch in ihrem neuen Buch ums Ganze: «Wir stehen», so Winker, «vor der riesigen Aufgabe, profitorientiertes Wirtschaften zunächst einzuschränken und letztlich zu

überwinden, um tatsächlich solidarisch und mit Rücksicht auf die planetaren Grenzen leben zu können.» (S. 12) Sie formuliert eine Transformationsperspektive ganz im Sinne von Rosa Luxemburgs «revolutionärer Realpolitik»: Ziel dabei ist es, verschiedene gesellschaftliche Brennpunkte gemeinsam in den Blick zu nehmen und Reformschritte im Hier und Jetzt anzustossen, ohne dabei den längerfristigen Horizont einer grundlegend anderen, postkapitalistischen Wirtschaftsweise aus den Augen zu verlieren. Auch wenn Winker klare Forderungen stellt, ist das Buch nicht im Stil eines dieser abstrakten politischen Pamphlete verfasst, das zwar anregende politische Ideen vermittelt, einen nach der Lektüre jedoch etwas

rat- und hilflos mit der Frage zurücklässt: Na schön, aber wie kommen wir nun dahin? Vielmehr zeigt sie konkrete, individuelle wie kollektive Gestaltungsspielräume auf. Winker orientiert sich dabei an vielfältigen Alltagserfahrungen und nimmt Bezug auf politische Auseinandersetzungen sowie strategische Fragestellungen, die sich aktuell insbesondere innerhalb der Klimagerechtigkeits- und der feministischen Bewegung stellen. Dabei will sie darüber nachdenken, wie diese Bewegungen «mehr politische Durchschlagkraft» entwickeln können, indem sie gemeinsame Zielsetzungen im Hinblick auf einen «System Change» und «ein zumindest punktuell gemeinsames Vorgehen» entwickeln (S.13). Dreh- und Angelpunkt einer solchen verbindenden Perspektive ist Care – die Sorge um andere, um sich selbst wie auch um die Natur.

In einem ersten Schritt analysiert Winker die beiden Krisen – die «Gefährdung von Sorgebeziehungen» und den «lebensbedrohlichen Klimawandel» – je separat, um sie dann im weiteren Verlauf der Argumentation aufeinander zu beziehen. Sie trägt dazu wichtiges Zahlenmaterial zusammen und erörtert, wie sowohl im Bereich der Fürsorge als auch in der Klimapolitik die politischen Eliten neoliberale Strategien vorantreiben und Care wie auch Natur ökonomisieren. Daraus resultieren nicht nur wachsende Ungleichheiten, sondern auch eine «Erschöpfung menschlicher und ökologischer Ressourcen». Winker arbeitet die «unheilbaren Widersprüche» heraus, die sich im Bereich der sozialen Reproduktion zeigen, wenn der Kostendruck bei der sozialen Infrastruktur (Gesundheitswesen, Pflegesystem, Bildungswesen, Kitas) zur Überlastung der Sorgearbeitenden führt und darunter nicht nur die Beschäftigten leiden, sondern auch die Qualität der Care-Beziehungen zu den Nutzer*innen dieser sozialen Dienste (z. B. Kinder, Patient*innen, Pflegebedürftige). Darüber hinaus thematisiert sie die wachsenden Anforder-

ungen und die häufig knappen Zeitressourcen in der unentlohten Sorgearbeit, was sich während der Coronakrise durch Homeschooling und Wegfall der familienexternen Betreuung nochmals akzentuiert hat – insbesondere für Mütter. Damit sich Menschen gut umeinander kümmern können, braucht es aber gleichzeitig auch intakte Ökosysteme. Doch auch die ökologische Reproduktion ist in der Krise und es kommt zu einer Übernutzung von natürlichen Ressourcen. Winker bezieht sich hier auf Material von Klimawissenschaftler*innen und zeigt dabei, dass vielerorts Kipppunkte bereits erreicht worden sind und es inzwischen zu unkontrollierbaren, selbstverstärkenden Prozessen in Bezug auf die Erderwärmung kommt. Mit Rückgriff auf ökofeministische Analysen argumentiert Winker, wie sowohl die häusliche Sorgearbeit als auch die Ressourcen der Natur gleichermassen als kostenlose und unbegrenzt verfügbare Güter behandelt werden. Aufgrund dieser inneren Logik der kapitalistischen Produktionsweise kommen nicht nur die Selbstsorge sowie die Sorge für andere, sondern auch die Vorsorge für folgende Generationen zu kurz.

Ein «grün lackiertes <Weiter so>» (S.90) ist keine Option, ein Abkommen von einer Wachstumsorientierung laut Winker dringend vonnöten. Sie und ihre Mitstreiter*innen vom Netzwerk Care-Revolution haben dazu beigetragen, dass im deutschsprachigen Raum seit ein paar Jahren Debatten um Care und um Degrowth zunehmend aufeinander bezogen werden. Dabei ist ihnen auch bewusst geworden, wie schwierig es ist, eine gesellschaftliche Alternative zu entwickeln, die nicht als Bedrohung (z. B. von Arbeitsplätzen oder von etablierten Konsummustern) wahrgenommen wird. «Wenn also die Selbsterhaltung und die Sorge für Nahestehende alle Energie erfordern, wenn ein gesellschaftlicher Wandel, der die eigenen Lebensbedingungen verbessert, nicht im Rahmen des Vorstellbaren ist und wenn es kaum wirksame Möglichkeiten demokrati-

scher Beteiligung gibt, dann können selbst Ereignisse wie die Klimakatastrophe eher Schweigen als Widerspruch hervorrufen», stellt Winker fest (S. 95). Und dennoch suchen Menschen nach Nischen, Auswegen und Möglichkeiten der Kritik und geben Anlass zur Hoffnung auf Veränderung. Im Kapitel mit dem Titel «Handlungsfähigkeit» zeichnet Winker auf, wie sich Menschen zunehmend von den Leistungsanforderungen der neoliberalen Gesellschaft distanzieren, sich individuell verweigern und sich kollektiv mit politischem Engagement für eine «freundlichere Welt» einsetzen. Winker möchte dabei ausloten, an welchen in der Bevölkerung vorfindbaren alltäglichen Wünschen und verbreiteten Praxen eine linke, feministische Politik ansetzen kann. Sie zitiert Studien zu Deutschland, die darauf hindeuten, wie gross der Anteil der Beschäftigten ist, die sich eine reduzierte Erwerbsarbeitszeit wünschen, insbesondere um mehr Zeit für Care und soziale Beziehungen zu haben – eine Absicht, die aufgrund ökonomischer Bedingungen nur ein Bruchteil individuell verwirklichen kann. Gleichzeitig verweist Winker auf die hohe Bereitschaft zu alltäglicher Solidarität (z. B. mit geflüchteten Menschen oder mit Angehörigen der Risikogruppen während der Corona-Pandemie) sowie auf das verbreitete politische Engagement in Bewegungen wie Fridays for Future oder Black Lives Matter. In diesen sozialen Initiativen und politischen Aktivitäten erfahren insbesondere auch viele junge Menschen, wie sie die eigenen Lebensumstände mitgestalten können.

Ein besonderes Anliegen von Winker ist dabei die Frage, wie gewerkschaftliche und andere soziale Bewegungen zusammengeführt werden können. Ansatzpunkte sieht sie in Mobilisierungen für eine Verkehrswende: In Deutschland haben die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und Fridays for Future bei Streiks in kommunalen Verkehrsbetrieben zusammengearbeitet. Auch in lokalen Bündnis-

sen ist es bereits zu einem Zusammenkommen von gewerkschaftlich organisierten Care-Beschäftigten und Klimabewegten gekommen, die sich gemeinsam für ein solidarisches Gesundheitssystem einsetzen und gleichzeitig den Klimawandel anprangern, der schon jetzt Leben und Gesundheit bedroht. Dabei betont Winker, wie wichtig es ist, Bedürfnisse ernst zu nehmen, sich Zeit zu nehmen für gemeinsame Lernprozesse, einander zuzuhören und Netzwerke über die eigenen Bubbles hinaus zu erweitern. Für die Erarbeitung einer gemeinsamen inhaltlichen Programmatik sind politische Räume enorm wichtig – konkret schlägt Winker hierzu die Einführung von Klima- oder Care-Räten auf kommunaler Ebene vor, zu der auch Parteienvertreter*innen und Vertreter*innen von Wohlfahrtsverbänden und anderen Institutionen zur gemeinsamen Debatte eingeladen werden.

So zentral es ist, sich im Alltag solidarisch aufeinander zu beziehen und auf kleinere Erfolge und Reformen abzielen, so entscheidend ist für Winker jedoch die Skizzierung einer Transformationsstrategie, die sozusagen als politischer Kompass dient. Winker identifiziert hierfür vier zentrale Ansatzpunkte, die einander ergänzen und idealerweise bestärken: Erstens schlägt Winker eine drastische Verkürzung der allgemeinen Erwerbsarbeitszeit vor, die mehr Zeit für Sorgearbeit lässt und zudem darauf hinwirkt, dass ökologisch schädliche Produktion zurückgefahren werden kann. Parallel zum Zurückdrängen der Erwerbsarbeit muss zweitens eine erwerbsunabhängige existenzielle Absicherung durch ein bedingungsloses Grundeinkommen garantiert sein sowie eine bedürfnisgerechte Care-Infrastruktur aufgebaut werden. Um die Bedürfnisse überhaupt zu kennen, braucht es drittens lokal verankerte demokratische Beteiligungsformen und erweiterte Mitbestimmungsrechte. Als vierten Ansatzpunkt einer überzeugenden Transformationsstrategie sieht Gabriele Winker «Projekte,

die bereits innerhalb des kapitalistischen Systems manches entwickeln und ausprobieren, was sich in einem anderen gesellschaftlichen Rahmen erst voll entfalten kann» (S. 165). Dabei geht es um eine Ausweitung von Commons und die Entwicklung von zukunftsweisenden Sozialgefügen, in denen sorgsam mit sozialen Beziehungen und ökologischen Ressourcen umgegangen wird und die nicht vom Markt durchdrungen sind. Zu denken ist dabei laut Winker an Gemeinschaftsgärten, alternative Wohnprojekte, Gesundheitszentren, solidarische Landwirtschaftsinitiativen oder Nachbarschaftsnetze, in denen Sorgearbeit kollektiv organisiert wird. In einer auf diese Weise entwickelten solidarischen Gesellschaft gelingt es, Sorge ins Zentrum zu stellen und die Trennung von entlohnter und unentlohnter Arbeit schliesslich ganz aufzubrechen.

Die Stärke des Buches liegt insbesondere darin, konkrete politische Schritte aufzuzeigen, um aus der gegenwärtigen Vielfachkrise her-

auszukommen. Viele Vorschläge und Analysen sind dabei durchaus nicht neu, werden aber von Winker kreativ aufeinander bezogen und aus einer konsequent feministischen Care-Perspektive geschärft. Wer primär an theoretischen Abhandlungen zu Ökofeminismus oder Degrowth interessiert ist oder nach dekolonialen Perspektiven insbesondere aus dem Globalen Süden sucht, wird hier nicht auf die Rechnung kommen. Dafür umso mehr, wer auf der Suche ist nach kollektiven Handlungsansätzen und Ideen für die eigene politische Arbeit. Das Buch dient dabei als Archiv vielfältiger Erfahrungen von sozialen Bewegungen und Initiativen, die insbesondere im deutschen Raum in den letzten Jahren gesammelt wurden – und zu denen Winker und das Netzwerk Care Revolution selbst viel beigetragen haben. Nicht zuletzt ist es ein Buch, das Mut macht, weil es neben der Analyse grundlegender Krisen auch zahlreiche Geschichten des Gelingens enthält.

Sarah Schilliger

Beatrice Schmid: **«Du weisst mich jetzt in Raum und Zeit zu finden»**. Zwei Frauen zwischen Basel und Moskau
Rotpunktverlag, Zürich 2020 (375 S.)

«Eigentlich zwei gewöhnliche Frauen» (S. 240) nennt Beatrice Schmid ihre Grossmutter Marie und ihre Grosstante Paula. Dabei haben beide Frauen ein aussergewöhnliches Leben geführt. Gewöhnlich sind sie insofern, als sie aus einfachen Verhältnissen stammten und das Schicksal zahlloser Menschen teilten: Marie die Stigmatisierung als Kommunistin in einer bürgerlichen Gesellschaft, Paula die Entrechtung der Frau eines zum Tode verurteilten «Abweichlers» in der UdSSR.

Beide wuchsen unter grossen Entbehrungen auf, erlebten im 1. Weltkrieg den Druck der

Arbeitslosigkeit und der Preissteigerungen bei gleichzeitigen Rekordgewinnen der Kapitalisten und wurden in der sozialistischen Bewegung aktiv. Paula trat 1917 als Fünfzehnjährige der Sozialistischen Jugendorganisation bei, lernte dort ihren ersten Mann, Waldemar «Waldi» Brubacher, kennen, heiratete ihn 1921, als gerade die Kommunistische Partei der Schweiz (KPS) gegründet wurde, und wanderte mit ihm in die UdSSR aus. Marie, mit elf Jahren als Vollwaise einer Familie in Pflege gegeben, die das genossenschaftliche Gemeineigentum anstrebte, begann als Siebzehnjährige in der

Bäckerei des Allgemeinen Konsumvereins Basel zu arbeiten, verliebte sich in den jüngeren Bruder Paulas, den Hilfsarbeiter Hans Schmid, und wurde in der kommunistischen Bewegung aktiv. Die beiden heirateten 1940, sie mit 34, er mit 37, weil er nach dem Tod seiner Mutter eine neue Frau im Haushalt brauchte.

In Basel sind sich Marie und Paula nie begegnet, nur wegen Hans fanden sie später «zwischen Basel und Moskau» korrespondierend zueinander. Die Zeugnisse dieser Korrespondenz findet ihre Enkelin Beatrice 2015 in einem Karton auf dem Dachboden ihrer Eltern. Als Historikerin und Germanistin beginnt sie die Briefe, Postkarten, Fotos und vergilbten Zeitungen auszuwerten, geht in die Archive der Schweiz und Russlands, zieht Fachliteratur bei, liest biografische Zeugnisse, befragt Zeitzeuginnen, belegt ihre Ausführungen mit einer Fülle von Anmerkungen und erlaubt sich mit dem Hinweis «Ich stelle mir vor» mehrmals (S. 21, 30, 42 u. mehr) auch auszudenken, wie es gewesen sein könnte.

Nicht nur darum, ihre Vorfahrinnen durch Schrift und Bild «in Raum und Zeit zu finden» (Titel u. S. 338), geht es ihr dabei. Sie trägt deren «Zeit des roten Kampfes, der Möglichkeit einer gerechteren Welt» (S. 343) heute wieder in sich, wie sie zum Schluss des Buches betont. Als erste Akademikerin der Familie wurde sie in ihrem Studium politisch aktiv und blieb es als Gymnasiallehrerin in Lausanne, hat also auch praktisch am Engagement der Grosselterngeneration angeknüpft, während ihre Eltern politische Aktivitäten ebenso haben ruhen lassen wie die Schachtel auf dem Dachboden.

Im Buch verbindet die Autorin ihr Engagement auch dadurch mit jenem ihrer Vorfahrinnen, dass sie in der Vergangenheit einen «faszinierenden Spiegel [ihrer] selbst und der Gegenwart» (S. 17) sucht. Ihr Bemühen, Parallelen zu erörtern, mag manchmal naiv wirken, zeigt aber, wie sehr sich seit hundert Jahren im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung

mit den äusseren Bedingungen auch die Aktivistinnen verändert haben. Die damaligen Kämpferinnen unterscheiden sich in drei Hinsichten von denjenigen, zu denen sich die Autorin heute zählt: in ihrem soldatischen Gehorsam, in ihrem Schweigen über erlittenes Unrecht und in der Bereitschaft, die politische Gleichberechtigung der Frauen mit Doppel- und Mehrfachbelastung zu verbinden.

Soldatische Gehorsamkeit zeigen Paula und ihr erster Mann Waldi, als sie sich im Sommer nach ihrer Ankunft in der UdSSR gleich in die junge Sozialistische Sowjetrepublik (SSR) der Wolgadeutschen schicken lassen, ein Gebiet, «wo eine richtige Hungersnot herrscht, bei der Tausende sterben» (S. 74). Wo Waldi bleibt, als Paula in der Wolgarepublik den ungarischen Kommunisten Ferenc «Feri» Huszti heiratet, ist nicht herauszufinden. Zu Gehorsam aus Furcht ums Überleben wird Paula später gezwungen, als beide ab 1931 wieder in Moskau tätig sind, sie bei der Komintern, Feri beim Zentralkomitee. Er wird 1937 aufgrund abweichender Haltungen hingerichtet, sie 1938 als Ehefrau ohne Gerichtsverfahren zu acht Jahren Zwangsarbeit in den neu gegründeten Gulag Workuta nördlich des Polarkreises verbannt. Völlig entrechtet, von ihrer zweijährigen Tochter Solveigh getrennt, kann sie dort die Demütigungen und Misshandlungen nur überleben, indem sie sich ab 1939 als Krankenschwester und später als Wundärztin weiterbildet und bewährt. 1940 beginnt sie, Briefe nach aussen zu schreiben, doch die Behörden halten alle zurück, obwohl sie sich jeder Kritik enthält: «Die seelische Not, die Verzweiflung Paulas als Mutter stehen in all diesen Briefen im Vordergrund – kein Wort über die katastrophalen Bedingungen, unter denen sie lebt und arbeitet.» (S. 198)

Informationen über diese Bedingungen erhält Beatrice Schmid weniger aus den später zurückerstatteten Briefen als aus den Zeugnissen der Gulag-Überlebenden, die nach ihrer

Freilassung das Schweigen gebrochen haben. Paula hingegen schweigt auch noch, als sie nach acht Jahren aus der Haft entlassen wird, nach weiteren zwölf Jahren mit ihrem dritten Ehemann aus der Verbannung nach Moskau übersiedeln kann und ihre restlichen fünfzehn Lebensjahre dort verbringt. Zu schweigen hat sie sich bei der Haftentlassung schriftlich verpflichtet, sie ist aber auch selbst bereit dazu, aus Treue zur Partei und im Vertrauen auf eine bessere Zukunft.

Wie wichtig solche Treue und Gewissheit sein konnten, zeigt die Autorin anhand der Briefkorrespondenz einer anderen Paula mit ihrer Grossmutter Marie. Die deutsche Kommunistin Paula Nuding-Kopp wird von Marie und von solidarischen Menschen aus der ganzen Welt wiederholt unterstützt: bei ihrer Internierung im Vorkriegsfrankreich, beim Widerstand unter der Nazi-Besetzung und bei der Haft in deutschen KZs. Gelitten hat sie ebenfalls. Sie sah sich aber von ihren kommunistischen Genossinnen und Genossen unterstützt und berichtete offen über ihr Leiden, während ihre Namensschwester in der UdSSR von ihrer Partei verfolgt wurde und darüber schwieg.

Dieses fortdauernde Verschweigen des Unrechts klagt Marie an, als sie und Hans 1956 aus der PdA austreten. Im Austrittsbrief beklagt sie «so viele falsche und oberflächliche Angaben» (S. 294) der Parteileitung über die Rehabilitation Paulas und sieht darin «ein Beispiel dafür, wie genau es führende Persönlichkeiten der Partei mit der Ermittlung der Wahrheit nehmen» (S. 294). Diese sehen sich nach dem Ungarnaufstand in schwerster Bedrängnis, so zum Bei-

spiel, als der Sozialdemokrat Helmut Hubacher in Basel fordert, man solle die PdA-Mitglieder auf dem Marktplatz «hinter Drahtgehegen ausstellen [...] öffentlich brandmarken, blossstellen und dem Spott und Hohn preisgeben» (S. 306). Dieser Belastungsprobe sind die Parteiführer in den Augen Maries insofern nicht gewachsen, als sie weiterhin die Wirklichkeit mit Worthüllen überkleistern. «Es wäre leicht gewesen, sich bei uns [Marie und Hans, D. R.] über einen möglichst genauen Sachverhalt zu informieren», schreibt Marie, «wenn man, – jetzt, nachdem man seit 1941 geschwiegen hat – diese Sache [Paulas Haft und Verbannung, D. R.] an die Öffentlichkeit bringen will.» (S. 294)

Mit Marie verlor die Partei 1956 eine entschiedene Vorkämpferin für Frauenrechte, die regelmässig und wortgewandt für die *Welt der Frau*, die Beilage zum Parteiorgan der PdA, geschrieben hatte. Beide, Marie und Paula, haben bis Mitte der 1950er-Jahre beruflich und politisch enorme Durchhaltekraft und Klugheit bewiesen, lebten dann aber in den 1960/70er-Jahren das Leben von ans Haus gebundenen Grossmüttern. Sie haben in der kommunistischen Bewegung Raum für Emanzipation gesucht und zum Teil auch gefunden, wurden aber von dieser Bewegung immer wieder als Anhängsel ihrer Männer behandelt. Marie als Hausfrau von Hans, Paula in zwanzigjähriger Verbannung als Frau eines Abweichlers. So ist die Geschichte der «zwei Frauen zwischen Basel und Moskau» auch eine Mahnung an heutige antikapitalistische Bewegungen, sich viel grundsätzlicher für die Veränderung der Geschlechterverhältnisse einzusetzen.

Daniel Rothenbühler

Brigitte Studer: **Reisende der Weltrevolution.** Eine Globalgeschichte der Kommunistischen Internationale

Suhrkamp Verlag, Berlin 2020 (618 S.)

Wir leben in einer Welt, deren Zustände nicht erst seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie zum Himmel schreien: In weiten Teilen des Globalen Südens herrschen immer noch Armut, Entrechtung und Unterdrückung, während in den Gated Communities der «Reichen und Schönen» die Besitztümer ins Unendliche zu wachsen scheinen. Dazwischen liegen die mittelständischen Komfortzonen des Globalen Nordens, an deren Rändern es allerdings schon gewaltig bröckelt.

Selbst einem Philosophen wie Peter Sloterdijk, der längst keinerlei revolutionäre Ambitionen mehr hegt, erscheinen solche Zustände «nicht weniger fatal als die Lage der englischen Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert nach Friedrich Engels' beklemmender Beschreibung». Und er fährt fort: «Man möchte meinen, die Summe des potenziell zernerregenden Leidens, Elends und Unrechts auf der Erde müsste für zehn Eruptionen, vergleichbar dem Oktober 1917 [der Russischen Revolution], ausreichen». (Sloterdijk 2006, 283) Doch da ist gegenwärtig nichts Vergleichbares zu erkennen.

Angesichts solcher Verhältnisse geht Sloterdijks Blick zurück auf eine Organisation, die sich gemäss seinen Worten zum Ziel gesetzt hatte, den Zorn der Benachteiligten zu akkumulieren und diesen in revolutionäres Handeln umzumünzen: die Kommunistische Internationale (KI) als «Weltbank des Zorns»! Sloterdijk glänzt, wie üblich, mit Wortakrobatik, seine Interpretation der Dritten Internationale bewegt sich allerdings im Rahmen herrschender Denkmuster. Immerhin hat sein Buch *Zorn und Zeit* (2006) angezeigt, dass es da einmal etwas gab, das noch heute des Nachfragens wert ist.

Im Buch von Brigitte Studer zur KI kommt

Sloterdijk verständlicherweise nicht vor. Dafür hat sie als Historikerin eine gewaltige Menge von schriftlichen Quellen sowie die einschlägige Literatur verarbeitet und zu einer «Globalgeschichte» verwoben, die ihresgleichen sucht. Studers Zugang zur Geschichte des Kommunismus erfolgte über die Frauengeschichte – und diesen Forschungsansatz hat sie auch für die Untersuchung der KI fruchtbar gemacht. Zwei Aspekte fallen an ihrem Buch ganz besonders auf: Im Mittelpunkt der Darstellung stehen handelnde Personen. Das Werk weitet zudem den eurozentristischen Blick und schenkt dem Aufbegehren in den kolonialen und halbkolonialen Gesellschaften Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ungewöhnlich viel Beachtung.

Am Anfang einer neuen Internationale stand die Erfahrung des Scheiterns der sozialdemokratisch geführten und durch die Zweite Internationale repräsentierten Arbeiter*innenbewegung im August 1914: Diese hatte angesichts der existenziellen Frage von Frieden und Krieg weitgehend versagt. Zugleich verbreitete sich eine tiefe Sehnsucht nach einer weltumspannenden Revolution. Die Protagonist*innen der Russischen Revolution wussten, dass ein sozialistisches Sowjetrussland ohne revolutionäre Umbrüche im kapitalistisch weiter entwickelten Westeuropa nicht überleben konnte. Deshalb mussten die radikalen Kräfte gesammelt werden. Dazu bedurfte es nach dem Willen der bolschewistischen Sowjetführung einer Dritten, der Kommunistischen Internationale, die 1919 in Moskau gegründet wurde.

Die Verführung ist gross, die Geschichte der Komintern (wie die übliche Abkürzung lautete) einzig von ihrem Ende her verstehen und erzählen zu wollen. Dieses Ende ist untrennbar

mit dem Terrorregime Stalins und einem gewaltigen «Massaker» (Studer) gerade unter den kosmopolitisch geprägten Mitarbeiter*innen der Internationale verbunden. Der Behauptung, das ganze Unternehmen sei von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen, tritt die Autorin entgegen, indem sie die konkreten Handlungsspielräume der für die Komintern Tätigen untersucht. Dafür breitet sie ein Tableau von mehr als 300 namentlich erwähnten Personen aus, die bestimmte Funktionen und Aufträge für die KI wahrgenommen hatten.

Im Gegensatz zur Zweiten Internationale wurde die Dritte tatsächlich ihrem Namen gerecht: Da spielten nicht nur weisse Männer eine Rolle, sondern auch «Farbige» und Frauen! Grundsätzlich standen weiblichen Mitgliedern in kommunistischen Organisationen alle Hierarchiestufen offen, doch zwischen der Möglichkeit und der Wirklichkeit lagen auch im revolutionären Russland Welten. So wurden die umfangreichen administrativen Aufgaben der KI vor allem von Frauen übernommen, während die politischen Funktionen weitgehend Männern vorbehalten blieben. Noch entscheidender als die Geschlechterfrage war aber für die Komintern das Thema des antikolonialen Kampfes. Der Völkerbund hatte die Hoffnungen auf ein Ende der Kolonialherrschaft nicht eingelöst und so konnte die KI diese für sich, zumindest zeitweise, gewinnen.

Als entscheidender Strategie beim Schmieden antikolonialistischer und antiimperialistischer Koalitionen trat Willi Münzenberg hervor, ein genialer Organisator und Propagandist der kommunistischen Sache. Dank seinem Wirken gelang es, 1927 in Brüssel den Ersten Kongress gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus durchzuführen, an dem 174 Delegierte aus 34 Ländern teilnahmen. Eine Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit wurde konstituiert, die Sektionen in Dutzenden von Ländern aufbaute. Der spätere indische Ministerpräsident Jawaharlal Nehru

nahm an der Brüsseler Konferenz teil und war zeitweilig Mitglied der Exekutive der Antiimperialistischen Liga.

Die mit dem sechsten Weltkongress 1928 eingeleitete linksradikale Wende der KI führte dazu, dass die Liga von sogenannt reformistischen und bürgerlich-nationalistischen Kräften «gesäubert» wurde. Nichtkommunist*innen wie Nehru verliessen die Organisation reihenweise. Sie war damit zu einer rein kommunistischen Angelegenheit geworden. Das bedeutete allerdings noch nicht das Ende des Antiimperialismus. Die Komintern verstärkte sogar ihren Kampf gegen den Rassismus und forderte nichts weniger als eine eigene Republik in Amerika und eine unabhängige südafrikanische Republik für Schwarze.

Die kommunistisch inspirierte Antiimperialistische Liga schuf Verbindungen zwischen bislang getrennten nationalrevolutionären und nationalistischen Gruppen, zwischen der «Peripherie» in Asien, Afrika, Lateinamerika und den «Metropolen» der imperialistischen Länder. Die Mitarbeiter*innen der KI waren an vielen Orten der Welt tätig und mussten als «Reisende der Weltrevolution» hochmobil sein – oft auf der Flucht vor repressiven Regierungen. Die von ihnen geschaffenen Beziehungen ermöglichten aber Fernwirkungen bis hin zur Bewegung der Blockfreien der Nachkriegszeit.

Nicht zuletzt trug die Komintern dazu bei, die Flamme der Revolution in den Osten zu tragen. Die Chinesische Revolution war gewiss nicht ihr Produkt und die Politik der Kommunistischen Partei der Sowjetunion unter Stalin erwies sich oft nicht als hilfreich im Kampf der chinesischen Genoss*innen. Trotzdem blieb die internationale Solidarität unverzichtbar. Ein Beispiel dafür war die Tätigkeit der US-amerikanischen Journalistin und Feministin Agnes Smedley, die in den 1930er-Jahren im Auftrag der Komintern über China berichtete und mit der Revolution sympathisierte. Der

Zentrale in Moskau ging ihre Eigenständigkeit zu weit, während Mao Zedong und der spätere chinesische Ministerpräsident Zhou Enlai ihre publizistischen Aktivitäten begrüßten.

Die von sowjetischen Einflüssen zunehmend unabhängige Entwicklung der Kommunistischen Partei Chinas machte deutlich, dass die Zeit für eine mehr oder weniger monolithische Organisation wie die Komintern abgelaufen war. Ein stalinistischer Zentralismus, der

so viele Opfer gefordert hatte, sollte keine Zukunft mehr haben. Die Frage, wie sich die Menschheit von Ausbeutung, Not und Unterdrückung emanzipieren kann, ist damit aber noch nicht erledigt. Der Blick zurück auf die «Globalgeschichte» der KI, wie ihn das ausgezeichnete Buch von Brigitte Studer ermöglicht, mag helfen, die Widersprüche unserer Zeit besser zu begreifen – und vielleicht auch handelnd einzugreifen.

Kurt Seifert

Wolfgang Fritz Haug: **VorSchule zur Philosophie der Praxis**

Argument Verlag, Hamburg 2021 (448 S.)

Wer in die Vorschule geschickt wird, hat manches noch zu lernen. Allerdings denkt Wolfgang Fritz Haug in seinem neuen Opus nicht an eine Vorschule zum Marxismus, vielmehr richtet sich das Buch an alle, «denen die Schule des Lebens das praktisch-theoretische Interesse am Marxismus bereits beigebracht hat und die ihr Wissen über ihn vertiefen wollen» (S. 11). Welches Wissen gilt es zu vertiefen? Haug gibt einen Hinweis: «Die aus Kämpfen erwachsenen Lehren der VorSchule bahnten den Weg zu Einsichten wie der, dass Gramsci Recht hatte, als er <die Notwendigkeit> erklärte, <Antonio Labriola wieder in Umlauf zu setzen und seine philosophische Problemstellung zur [unter Marxisten] vorherrschenden zu machen>.» (S. 19)

Die «Dramatis Personae» sind genannt: Antonio Gramsci (1891–1937), den man einem marxistisch interessierten Publikum nicht vorzustellen braucht, sowie Antonio Labriola (1843–1904), für den dies eher fraglich ist. Bei der VorSchule handelt es sich um die Einführung in das Denken von Labriola, um seine historisch-materialistische Philosophie der Praxis. Diese wird auf vier Zeitebenen vorgestellt.

Die älteste Ebene ist jene des Wirkens von Labriola. Darauf folgen die Ebenen der Gründung der Kommunistischen Internationale und diejenige der 1920er-Jahre. Schliesslich folgt die Zeitebene von den Studentenbewegungen bis zum Zusammenbruch des europäischen Staatssozialismus.

Worum geht es in der VorSchule? Es geht um die Frage, ob es eine marxistische Philosophie gibt, geben kann, geben muss. Darauf gibt es zahlreiche Antworten, positive wie negative. In der gebotenen Kürze wird man zunächst die Frage im Hinblick auf folgende Äusserung von Marx negativ beantworten: «Da, wo die Spekulation aufhört, beim wirklichen Leben, beginnt also die wirkliche, positive Wissenschaft, die Darstellung der praktischen Betätigung, des praktischen Entwicklungsprozesses der Menschen. [...] Die selbständige Philosophie verliert mit der Darstellung der Wirklichkeit ihr Existenzmedium.» (MEW 3, 27)

Der junge Marx hat mit der Epikur-Studie sein philosophisches Gesellenstück geliefert, sich mit der antiken Philosophie, mit Vico, Spinoza, Montesquieu, Rousseau, Kant, Hegel und seinen Schülern auseinandergesetzt; er war

durchaus philosophisch bewandert. Doch die Schriften, die ihn berühmt gemacht haben, waren nicht philosophischer Art. Erinnern wir daran, dass eine seiner Streitschriften den Titel *Das Elend der Philosophie* trägt. Mit diesem Befund kann man es indes nicht bewenden lassen, gibt es doch einen kurzen, 1845 von Marx verfassten, allerdings erst 1888 von Engels publizierten und stark veränderten Text, der philosophisch durchaus von Interesse ist: die *Thesen über Feuerbach*. Deren erste lautet: Der Hauptmangel allen bisherigen Materialismus (den Feuerbachschen mit eingerechnet) ist, dass der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung gefasst wird; nicht aber als sinnlich menschliche Tätigkeit und Praxis, nicht subjektiv. Feuerbach will sinnliche – von den Gedankenobjekten wirklich unterschiedene Objekte. Aber er fasst die menschliche Tätigkeit selbst nicht als gegenständliche Tätigkeit. Er betrachtet daher im *Wesen des Christentums* (Feuerbach 1841) nur das theoretische Verhalten als das echt menschliche, während die Praxis nur in ihrer Erscheinungsform gefasst und fixiert wird. Er begreift daher nicht die Bedeutung der «revolutionären», der «praktisch-kritischen» Tätigkeit (MEW 3, 5).

Marx beurteilt den bisherigen Materialismus als defizitär, weil er nicht als Praxis verstanden wird. Gäbe es denn eine marxistische Philosophie als Philosophie der Praxis? Haben seine Schüler und Anhänger die Idee aufgenommen? Offenbar nicht, folgt man den Argumenten von Haug – mit der Ausnahme von Labriola und dessen Schüler Gramsci. Der marxistische Philosoph Georges Labica (1930–2009) sieht in Labriolas *Über den Historischen Materialismus* (neu: *Drei Versuche zur materialistischen Geschichtsauffassung*, Hg.: Wolfgang Fritz Haug, 2018) eine theoretische Morgendämmerung. Labriola wird für Labica zum Mitbegründer der marxistischen Theorie und Philosophie. Wie ist das zu verstehen? – Vielleicht wie folgt: Marx hatte als

Denker keine legitimen Nachkommen, mit Labriola aber möglicherweise einen illegitimen. Eine solche Argumentation wäre etwas bedenklich. Für den marxistischen Philosophen und Juristen Karl Korsch (1886–1961) war Labriola in der Tat der letzte orthodoxe Marxist.

Liest man das Buch von Haug, fällt auf, dass die Hinweise auf Labriola eher spärlich sind, zu stark ist er damit beschäftigt, in zahlreichen politischen und wissenschaftlichen Kontroversen seinen Standpunkt zu verteidigen.

Engels notiert in seiner Schrift *Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie* (MEW 21, 263f.): «Unter diesen Umständen [Anm. Autor: Wiedergeburt der klassischen deutschen Philosophie] erschien mir eine kurze, zusammenhängende Darlegung unseres Verhältnisses zur Hegelschen Philosophie, unseres Ausgangs wie unserer Trennung von ihr, mehr und mehr geboten. [...] Ehe ich diese Zeilen in die Presse schicke, habe ich das alte Manuskript von 1845/46 nochmals herausgesucht und angesehen. Der Abschnitt über Feuerbach ist nicht vollendet.» Dagegen, so Engels weiter, «habe ich in einem alten Heft von Marx die im Anhang abgedruckten elf Thesen über Feuerbach gefunden. Es sind Notizen für spätere Ausarbeitung, rasch hingeschrieben, absolut nicht für den Druck bestimmt, aber unschätzbar als das erste Dokument, worin der geniale Keim der neuen Weltanschauung niedergelegt ist». Von Praxis ist bei Engels nicht die Rede (MEW 21, 264), ebenso ist nicht klar, worin der «geniale Keim» besteht. An die Stelle der Philosophie tritt für Engels die einfache Weltanschauung (MEW 20, 129). Seine Schriften *Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie*, *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft* und *Dialektik der Natur* sind ihm zufolge nur eine einfache Weltanschauung, die Philosophie ist aufgehoben. Engels' «weltanschauliche» Schriften haben später die ideologischen Führer der Sowjetunion inspiriert.

Haug's Buch kann als politische und intellektuelle Autobiografie gelesen werden. Entscheidende Motive sind das Plädoyer zur Verteidigung eines undogmatischen Marxismus, die Kritik des autoritären Staatssozialismus in der Sowjetunion, der DDR und anderswo, des befehlsadministrativen Sozialismus und diktatorisch-zentralistischen Staatsabsolutismus.

Das Hauptmotiv ist die Erinnerung an Antonio Labriola und dessen Philosophie der Praxis.

Insgesamt gehe es in der VorSchule um die Genese einer erneuten und zugleich erneuernden Wiederaufnahme des genuin von den Marx'schen *Thesen über Feuerbach* her urmarxistischen Projekts der Philosophie der Praxis. (S. 21) Labriola verstehe die Feuerbach-Thesen als Quelltext einer strukturell neuartigen Philosophie. Er werde zum postumen Schüler von Marx, zum Mitbegründer der marxistischen Philosophie, der Leo Trotzki, Angelica Balabanoff und andere zum Marxismus geführt habe. Von einer Philosophie der Praxis ist bei Gramsci die Rede, wobei lange umstritten war, ob es

sich dabei um ein «Tarnwort» (für den Marxismus) oder tatsächlich um eine philosophische Begriffsbestimmung handelt. Aufschluss geben diesbezüglich Antonio Gramsci's *Philosophie der Praxis*; die *Gefängnishefte* 10 und 11, herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug (1995, 1995f.), sowie das Buch *VorSchule zur Philosophie der Praxis* (S. 337f.).

Haug's Wiederentdeckung von Labriola ist zu begrüßen, schade ist, dass seine Einführung in dessen Denken sich zu sehr auf Zitate, Stichworte und Rhetorik beschränkt. Sein enthusiastisches Lob ist etwas einseitig. Ich verweise hier auf den marxistischen Philosophen André Tosel (1941–2017), *Le marxisme du 20^{ème} siècle* (S. 97f.), sowie auf seine aristotelischen Argumente in *Antonio Labriola et la proposition de la philosophie de la praxis – La pratique après Marx*.

Es sind dies Texte, welche die Philosophie der Praxis etwas kritischer beleuchten und weitere Aspekte der Philosophie von Labriola und Gramsci aufzeigen.

Urs Marti-Brander

Wolfgang Kaleck: **Die konkrete Utopie der Menschenrechte.**

Ein Blick zurück in die Zukunft.

S. Fischer, Frankfurt a.M. 2021 (171 S.)

«Der Mensch ist frei geboren und überall liegt er in Ketten.» (*Du Contrat Social*, 1762) Der wortgewaltige Streich Jean-Jacques Rousseaus gegen das Ancien Régime Frankreichs mündete direkt in die fundamental wichtige Erklärung der Bürger- und Menschenrechte. Deklariert von der französischen Nationalversammlung am 26. August 1789, heisst es dort, dass «die Menschen ... frei und gleich an Rechten geboren» (Art. 1) sind und der «Zweck jeder politischen Vereinigung [...] die Erhaltung der natürlichen und unantastbaren Menschenrechte» ist. «Die-

se sind das Recht auf Freiheit, das Recht auf Eigentum, das Recht auf Sicherheit und das Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung» (Art. 2). Daneben wurden die Religions- und Meinungsfreiheit sowie justizielle Grundrechte deklariert.

Fürwahr revolutionäre Worte – doch Worten müssen nicht notwendigerweise Taten folgen. So waren implizit Frauen, Protestant*innen, Juden, Kinder, Gefangene, Ausländer*innen, Eigentumslose, Sklav*innen, die Schwarzen Haitis – die sich ihre Rechte in einer

eigenen, vom global herrschenden Westen oft verschwiegenen Revolution erkämpften – oder der vierte Stand und später die Arbeiterbewegung nicht mitgemeint. Dennoch eröffneten diese hehren Worte neue politische Sichtweisen und gaben den vorderhand noch Exkludierten eine normative Leitlinie für ihre Kämpfe. Die Deklaration war nur der erste Schritt in einem politischen Kampf und Prozess, der bis heute andauert.

Hier steigt Wolfgang Kaleck mit seinem weitgespannten Essay in die Debatte ein. Dabei geht es ihm weniger um historische Details, sondern angesichts der Komplexität der Verhältnisse, der Pandemie, der Ballung der Probleme um «das grosse Ganze» (S. 48). Basierend auf Walter Benjamins geschichtsphilosophischer Allegorie des «Engels der Geschichte», der zurückschaut auf die Trümmer der Geschichte, aber vom Sturm unaufhaltsam in die Zukunft getrieben wird, übernimmt er eine These von Zygmunt Bauman: Dass der Engel der Geschichte nun entsetzt in die Zukunft blickt und unaufhörlich Richtung Vergangenheit treibt – angesichts der Epoche der Brüche und Diskrepanzen, in der fast alles möglich ist, während man nichts in der Gewissheit, es zu durchschauen, angehen kann. Um dieser Angst vor der Zukunft zu begegnen, müssten wir gemäss Kaleck den Engel der Geschichte dazu bringen, sich ein weiteres Mal umzudrehen, denn gemäss Bauman gibt es nur ein Entweder-oder: «Wir reichen einander die Hände – oder wir schaufeln einander Gräber» (S. 167). Die Möglichkeit grundlegender gesellschaftlicher Veränderung – das ist die «konkrete Utopie» von Ernst Bloch, die auch Kaleck vorschwebt. Indem wir die Negation des Falschen als ersten Schritt ins Utopische definieren, kommen wir zur kundigen Unzufriedenheit, zur fundierten Kritik am globalisierten und digitalisierten Kapitalismus und der imperialen Lebensweise, an Rassismus und verfehlter Umweltpolitik. Daraus können dann Interventionen verschiedens-

ter Gruppen und Individuen entstehen, die mitunter weltumspannende Vibrationen auslösen und den Willen zu Veränderungen anstossen, man denke etwa an Fridays for Future, Black Lives Matter, #MeToo. Die kritische Analyse der heutigen Realitäten ermöglicht es, neue Räume des Reellen zu erdenken und gemeinsam mit anderen denkend und handelnd Wirklichkeit werden zu lassen.

Bezogen auf die Entwicklung der Menschenrechte seit der Französischen Revolution, handelt es sich keineswegs um einen geradlinigen Triumphzug. So wurde zum Beispiel in der allgemeinen Menschenrechtserklärung der UN von 1948 ganz konkret die Utopie formuliert, «alle Menschen sind frei und gleich an Rechten und Würde geboren». Die Wirklichkeit sah dann so aus, dass die dort deklarierten Menschenrechte praktisch zwanzig Jahre toter Buchstabe blieben, in erster Linie, weil die Siegermächte weder Interesse daran hatten, sich in ihrer Machtausübung einschränken zu lassen, noch die Finger von ihren Kolonien lassen wollten. Sie verletzten diese frisch etablierten Rechte auf allen Ebenen und unterdrückten die zahlreichen antikolonialen Bewegungen mit allen Mitteln. Diese Mentalität und die daraus resultierende Politik illustriert das Diktum des britischen Kolonialministers Arthur Creech, der die Charta von 1949 als «source of embarrassment» bezeichnete. Die Dekolonialisierung war damit eine Nagelprobe für die Ideale und Prinzipien, für welche die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges eigentlich gefochten hatten. Erst mit der allmählichen Abkehr der Siegermächte von ihren Bremsmanövern kam es zu konkret justiziablen Rechten, den zwei UN-Pakten von 1966, weitere folgten. Die Utopie wurde konkreter. Dennoch wurde in den letzten zwei Jahrzehnten die Gelegenheit vertan, den Multilateralismus zu stärken und wirklich universelle Standards zu entwickeln. Dies liegt nicht nur an der Auffassung zum Beispiel Russlands oder Chinas, die westlichen

Menschenrechtsstandards dienen nur der Legitimierung für die Auswechslung nicht genehmer Regimes. Es liegt auch am Abbau von wesentlichen Menschenrechtsstandards unter dem Einfluss populistischer Politik und des Sicherheitsparadigmas westlicher Staaten.

Das aktuelle krisenhafte Geschehen führt Kaleck nicht zuletzt auf die neoliberale Wende zurück, welche die Hoffnungen auf eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung begrub. Diese erzeugt weltweite Ungleichheit: Gemeingüter wurden privatisiert, Schulden wurden dem Süden aufgebürdet, soziale Systeme angegriffen, das Gesundheitswesen vielerorts kaputtgespart – und die Reichen wurden, gerade während der Pandemie, immer reicher. Die Ungleichheit zeigt sich beispielsweise am Hunger. So litten gemäss einem UN-Bericht 2019 bereits 690 Millionen Menschen an Hunger, wesentlich mehr noch an Mangelernährung. Diese dystopischen Erkenntnisse sind Anlass zur Sorge, aber Kaleck stellt mit Verweis auf die zahlreichen Bewegungen, NGOs, Medien, internationalen Koalitionen, die gegen diese Weltzustände lokal und global agieren, fest: «Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.» (Hölderlin)

Nach ausführlicher Würdigung einer Vielzahl dieser Bewegungen schöpft Kaleck aus seinem Fundus als Generalsekretär des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR). Anhand zahlreicher Fälle aus der Praxis skizziert er Vorschläge, wie zukünftige Menschenrechtsarbeit aussehen könnte. Ausgegangen war Kaleck dabei ausgerechnet vom Strafrecht, welches gerade bei der Linken für Repression und Unterdrückung steht, bei der Ahndung schwerer Verbrechen aber unentbehrlich scheint. Ein wesentlicher Treiber waren die Möglichkeiten, in Nationalstaaten wie

Spanien, Deutschland oder Belgien aufgrund des Weltrechtsprinzips schwere Verbrechen wie Völkermord, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verfolgen, auch wenn diese im Ausland begangen wurden. Ein Meilenstein war dabei die Verhaftung des chilenischen Diktators Pinochet 1998 in London. Die dort erkannten juristischen Grundsätze sind immer noch inspirierend und waren bahnbrechend. Nebst solchen Prozessen hebt Kaleck die kreativen Jurist*innen des Globalen Südens hervor, welche auch soziale und wirtschaftliche Rechte einklagen, so das Recht auf Nahrung in Indien oder das Recht auf Wasser in Bolivien.

In solchen Prozessen kann es einen «success without victory» (Jules Lobel) geben, wenn politischer und juristischer Erfolg nicht zusammenfallen, aber trotz juristischen «Misserfolgs» öffentliche Plattformen für Debatten geschaffen werden. Angesichts des oft eklatanten Machtgefälles zugunsten des Kapitals gegenüber dem Gemeinwesen wird jedenfalls «nur eine strategisch geschickte Kombination von juristischen, politischen und kommunikativen, etwa künstlerischen Mitteln zum richtigen Moment Erfolgsaussichten haben» (S. 138). Dabei soll die soziale Frage dekolonial, feministisch und ökologisch angegangen werden und zu einer umfassenden Änderung des vorherrschenden Wirtschaftssystems führen.

Das Buch überzeugt durch prägnante Darstellung, klare Sprache sowie kritische und informierte Analyse. Es gibt sowohl für Praktiker*innen zahlreiche Anstösse für die Menschenrechtsarbeit und kann auch als Einstieg, Überblick und Anregung für mit der Thematik noch weniger Vertraute dienen. Vermisst wird nur eine Literaturübersicht zu den zahlreich zitierten Autor*innen.

Florian Wick